



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIN FÜR INNERES

XXIV. GP.-NR

10627/AB

26. April 2012

zu 10761/J

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

MAG.^a JOHANNA MIKL-LEITNER
HERRENGASSE 7
1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0355-I/1/c/2012

Wien, am 2. April 2012

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Johann Maier, Genossinnen und Genossen haben am 28. Februar 2012 unter der Zahl 10761/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Verletzte PolizistInnen: Erledigung von Strafanzeigen bei Gericht" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zu Frage 8:

Nachstehend werden die angefragten Daten für das Jahr 2011 in Tabellenform dargestellt, wobei die Daten bezüglich der erstatteten Strafanzeigen anhand der gestellten Anträge nach dem Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz bzw. § 83c GehG 1956 erhoben wurden.

Bundesland	Anzahl der Strafanzeigen
Burgenland	2
Kärnten	27
Niederösterreich	21
Oberösterreich	27

Salzburg	11
Steiermark	27
Tirol	24
Vorarlberg	3
Wien	71

Zu Frage 9:

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zu den Fragen 10 und 11:

Bundesland	Anzahl Unfälle mit verletzten Beamtinnen und Beamten	Verletzte Beamtinnen und Beamte	Anzahl Unfälle mit getöteten Beamtinnen und Beamte
Burgenland	1	1	0
Kärnten	9	11	0
Niederösterreich	3	4	0
Oberösterreich	9	12	0
Salzburg	3	4	0
Steiermark	12	15	0
Tirol	1	2	0
Vorarlberg	2	2	0
Wien	9	13	0

Zu Frage 12:

€ 1.748.757,17

Zu Frage 13:

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes gemäß Art. 52 B-VG.

